Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 72 (1978)
Heft: 7-8

Rubrik: Zeichen der Zeit : Erinnerung an den "Prager Frühling"

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ein kleiner Vermerk, daß Leonhard Ragaz zusammen mit seiner Frau und seiner Tochter aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten sei. Im Januar-Heft 1936 begründete Ragaz seinen Schritt: «Der Anlaß zu meinem Austritt ist die Schwenkung der Partei in der Militärfrage gewesen. Diese Schwenkung ist in meinen Augen ein Umfall und Abfall, und zwar recht schmählicher Art, ein Verrat des Sozialismus an sich selbst. Diesen Verrat konnte ich nicht mitmachen, auch nicht durch bloßes Verbleiben in der Partei. Ich war entschlossen auszutreten, wenn die Partei diesen Verrat begehe, und bin, im Gegensatz zu manchen andern, meinem Entschluß treu geblieben.» (NW 1936, Heft 1, S. 14)

Hatte Ragaz mit diesem Schritt die Sozialdemokratie aufgegeben? Seine Antwort lautete: «Ich glaube nicht mehr an die Sozialdemokratie (als Trägerin des Sozialismus), ich glaube an den Sozialismus.» (S. 15)

1936 wurde der Militärkredit auf 235 Mio erhöht. Robert Grimm empfahl Zustimmung. Wider Erwarten sprach sich der Parteitag vom 6./7. Juni in Zürich gegen die Wehrkredite aus (236 zu 255 Stimmen). Dieses Ergebnis kommentierte Ragaz unter dem Titel «Das Wiedererwachen des schweizerischen Sozialismus». Am Parteitag kam nach Ragaz die nach Möglichkeit unterdrückte Stimme des Parteivolkes zur Geltung. Dies wußten die Parteiführer wohl, denn sie lehnten die angebotene Urabstimmung ab. Die Bedeutung dieses Parteibeschlusses wurde von Ragaz nicht gering veranschlagt: «Sie bedeutet, so weit ihre Wirkung reicht, nichts mehr und nicht weniger als die Rettung des schweizerischen Sozialismus.» (NW 1936, Heft 6, S. 289)

WILLY SPIELER

Zeichen der Zeit

Erinnerung an den «Prager Frühling»

«Der Sieg des Sozialismus ist durch nichts anderes verhindert worden, als durch den Sozialismus.» (Leonhard Ragaz u. a., Ein sozialistisches Programm, S. 9) Diese Worte religiös-sozialer Genossen aus dem Jahre 1919 sind leider bis zum heutigen Tag aktuell geblieben. Sie könnten auch unseren Betrachtungen zum zehnten Jahrestag des niedergewalzten «Prager Frühlings» als Motto dienen. Ota Sik variiert es mit der Erkenntnis: «Wenn ein so großer Teil arbeitender Menschen in kapitalistischen Ländern noch heute Angst vor sozialistischen Wandlungen haben, so ist dies vor allem das verheerende Resultat jener kommunistischen Parteien, die — zur Macht gelangt — statt eines soziali-

stischen ein staatsmonopolistisches System errichtet haben.» (Das kommunistische Machtsystem, Hamburg 1976, S. 280)

Hätte der Prager Reformkommunismus sich durchsetzen können, so wäre erstmals ein sozialistisches Modell Wirklichkeit geworden, das auch unsere Arbeiterbewegung angesprochen, ihr die Ueberwindung des Kapitalismus wieder als erstrebenswertes Ziel vorgestellt und sie von neuem mit revolutionärem Elan erfüllt hätte. Angesichts eines durch den Vietnamkrieg endgültig diskreditierten Monopolkapitalismus wäre ganz Westeuropa wie nie zuvor in der Geschichte reif geworden für den Uebergang zum Sozialismus. Selbst «Der Spiegel» schrieb noch am 13. Mai 1968: «Das kommunistischste, politisch bewußteste und zivilisierteste Volk Osteuropas tastet nach einem neuen, aufgeklärten Kommunismus — den man in Prag heute schon 'demokratischen Sozialismus' nennt. Gelingt das Prager Experiment, könnte es nicht allein den Kommunismus wandeln und Europa verändern, es könnte einer ratlosen Welt neue Ufer weisen. Es wäre ein historisches Ereignis, das in seiner Bedeutung der kommunistischen Machtübernahme in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg entspräche.»

Die Niederlage des tschechischen Reformkommunismus nach der Schreckensnacht vom 20. auf den 21. August 1968 ist daher nicht nur ein Sieg des bürokratischen Sozialismus, sondern auch ein **Sieg der westeuropäischen Bourgeoisien.** Sie haben mit ihrer Kritik am Panzersozialismus des Warschauerpaktes «kein Recht, recht zu haben» (Ernst Bloch). Nicht nur wäre das Bürgertum ohne diese gewaltsame Intervention in größte Bedrängnis geraten, es hat auch grundsätzlich nichts gegen solche Interventionen einzuwenden — sofern sie von der «richtigen» Seite ausgehen.

Dennoch triumphiert der Sozialismus, der verhindert wurde, über den Sozialismus, der ihn verhindert hat. Ein Zeichen wurde gesetzt, von dem eine **bleibende Wirkung** ausgeht, auch wenn ihm zur Zeit keine Wirklichkeit entspricht. Eduard Goldstücker, einer der geistigen Wegbereiter des «Prager Frühlings», wagt deshalb die ermutigende Prognose: «Von einem geschichtlichen Blickpunkt gesehen, wird ein jeder künftiger Historiker der sozialistischen Revolution die Ereignisse in der Tschechoslowakei im Jahre 1968 auf dieselbe Stufe stellen wie etwa die Pariser Kommune von 1871, die ja auch sehr kurz dauerte, unterdrückt wurde, aber doch als Auftakt für die ganze sozialistische revolutionäre Bewegung Gültigkeit behielt.» («Spiegel-Gespräch» vom 8. März 1971) Es sind vor allem die Elemente eines demokratischen, eines freiheitlichen und eines gewaltlosen Sozialismus, die Wirkung haben werden, wenn nicht heute, so doch morgen, dann aber in Ost und West.

Demokratisierung der Gesellschaft

Der Prager Reformkommunismus machte ernst mit dem Postulat eines demokratischen Sozialismus. Er begann folgerichtig mit der Demokratisierung der Wirtschaft, ohne die es auch im Staat bestenfalls zu einer «Manteldemokratie» (Konrad Farner) nach schweizerischem Muster reicht. Die Entscheidungskompetenzen über die Produktionsmittel wurden von der Staats- und Parteibürokratie weg auf die einzelnen Unternehmungen verlagert. Diese sollten nicht mehr durch zentrale Planungs- und Kontrollorgane gegängelt werden, sondern miteinander nach marktwirtschaftlichen Gesetzen in einen sozialistischen Wettbewerb treten.

Man mag sich darüber streiten, inwiefern «nur ein realer Marktdruck gegen eine Bürokratisierung der Produktionsleitung wirksam ankämpft» (Sik, S. 217), entscheidend für die nächstmögliche Etappe eines demokratischen Sozialismus in Ost und West ist jedoch nicht die Auseinandersetzung um den «eschatologischen» Gehalt der Marktwirtschaft, sondern die Frage, wer die Führung der Unternehmen personell und materiell legitimieren, wer also das Management wählen und die Richtlinien der Unternehmenspolitik festlegen soll. Während diese Legitimation in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nur vom Kapital ausgeht, wurde sie nach dem tschechoslowakischen Modell allein den arbeitenden Menschen zuerkannt. Der «Prager Frühling» repräsentiert daher ein System der **Arbeiterselbstverwaltung,** wie es sich für Ost und West als wohl einzige zukunftsträchtige Alternative darstellt. Bereits zeigten sich auch die ersten Erfolge. «In den freiesten Wahlen», sagt Sik, «die je in unserem Land stattgefunden haben, wählten die Arbeiter selbst Räte von so hohem Niveau, wie es sie nie und nirgends zuvor gegeben hatte. Sie wählten sogar Angehörige der technischen Intelligenz. Sie taten das aus eigenem Antrieb, und das war das Großartige.» (Gespräch mit Raymond Aron im «Spiegel» vom 19. April 1971)

Um diesen Betriebssozialismus aber nicht durch einen Betriebsegoismus zu gefährden, um ferner auch kapitalistischen Marktentwicklungen wie «monopolistischen Einkommensverzerrungen und Konsumtionsmanipulationen, zyklischen Krisenentwicklungen und Inflationen» vorzubeugen, sah das Prager Modell eine «planmäßige Regulierung des Markts« vor. Eine «**Makroplanung**» zur «Fixierung der wichtigsten Lebensvorstellungen und Ziele» wäre «gewählten Vertretern des Volkes, Repräsentanten aller großen Interessengruppen, übertragen» (Sik, S. 218) worden.

Auf den Pfeilern einer echten Wirtschaftsdemokratie hätte das tschechoslowakische Volk sodann seine staatliche Demokratie entwickeln können. Längerfristig wollten die Prager Reformer ein Mehrparteien-

system auf sozialistischer Grundlage einführen. Von Verfassungs wegen wäre nur gerade die Restauration des Privateigentums an den Produktionsmitteln (vgl. a. a. O. S. 213) ausgeschlossen worden. «Die Kommunisten werden in dem Maße eine führende Rolle spielen», sagte Alexander Dubcek im April 1968, «in dem sie sie unter demokratischen Verhältnissen gewinnen und erhalten; Autorität wird nicht ein für allemal erteilt, sie muß ununterbrochen erneuert werden.» (Zit. nach «Der Spiegel» vom 13. Mai 1968) Das Wagnis freier Wahlen wäre für die KPC nicht einmal allzu groß gewesen; denn «noch nie hatten die tschechoslowakischen Kommunisten eine solch breite und begeisterte Unterstützung des Volkes wie diesmal» (Sik, S. 217).

Liberalisierung der Gesellschaft

Ernst Fischer, einer der ersten Theoretiker des Eurokommunismus, pries den «Prager Frühling» mit den Worten: «Es hat sich damals etwas Eigenartiges zugetragen, das weit über die Tagespolitik hinausgeht — zum erstenmal in der Geschichte war ein Volk acht Monate lang glücklich. . . . Ich glaube, die Tschechoslowakei war in den wenigen Monaten bis zum 21. August das **freieste Land,** das es je gegeben hat.» («Spiegel-Gespräch» vom 17. November 1969) Umso mehr konnte unser Besitzbürgertum aufatmen, als ihm das Politbüro der KPdSU den Gefallen tat, die Welt wieder in Ordnung, das heißt mit seinem Feindbild in Uebereinstimmung zu bringen. Im «Vaterland» vom 24. August 1968 frohlockte Martin Rosenberg: «Freiheit und Kommunismus sind so unvereinbar wie Feuer und Wasser.» Als ob die «Kritik der Waffen» die «Waffen der Kritik» widerlegen könnte. Ist etwa die «Sache Christi» durch die Inquisitionskirche widerlegt worden? Und hat nicht gerade der wahre Kommunismus mit der «Sache Christi» mehr gemein, als «hohes C» uns glauben macht? (Vgl. Leonhard Ragaz, Die Geschichte der Sache Christi, Bern 1946, S. 47—58)

Der «Prager Frühling» war die Probe aufs Exempel, daß die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung gesamtgesellschaftlicher Emanzipation ist und sein kann. Die **Sozialisierung** der Produktionsmittel ermöglicht solche Emanzipation erst, wenn sie mit einer **Demokratisierung** der Verfügungsgewalt über den Produktionsprozeß einhergeht. Fehlt es an dieser Demokratisierung, dann fungiert auch der sozialistische Staat als jener «ideelle Gesamtkapitalist», von dem Engels sagt: «Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus.» (Anti-Dühring, MEW XX, S. 260) Wechselt das Pro-

duktionsmitteleigentum nur gerade vom Privaten zum Staat, so bleibt die ökonomische Entfremdung, was sie zuvor schon war: Abhängigkeit von Fremdbestimmung, die im Falle des staatsmonopolistischen Arbeitgebers sogar noch drückender sein kann als bei einer Vielzahl privatkapitalistischer Arbeitgeber. Wird dagegen die Entscheidung über den Produktionsprozeß den produzierenden Menschen übertragen, dann allerdings entsteht eine Freiheit, die auch unsere bürgerlichen Freiheiten qualitativ übertrifft. Die Bevölkerung der CSSR war sich dieser höheren Qualität ihrer neu gewonnenen sozialistischen Grundfreiheit so sehr bewußt, daß überhaupt niemand auf die Idee kam, die Produktionsmittel zu reprivatisieren.

Richterliche Unabhängigkeit, Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Religionsfreiheit und auch Ausreisefreiheit waren selbstverständliche Korrelate dieser sozialistischen Grundfreiheit von ökonomischer Fremdbestimmung. Sie gaben ihr die notwendige Artikulation in Staat und Gesellschaft, wurden aber auch umgekehrt durch sie soweit sozialisiert, daß jeder von ihnen einen realen Gebrauch machen konnte. Die **Sozialisierung der Grundrechte** ist denn auch die große Aufgabe in Ost und West geblieben. Erst die Teilhabe eines jeden an der Verfügungsgewalt über den Produktionsprozeß und ineins damit über seine Arbeitskraft setzt auch einen jeden in die Lage, die verfassungsrechtlichen Freiheiten für sich und für die Gemeinschaft auszuschöpfen.

Exkurs über Dissidenz

Eine Sozialisierung der Produktionsmittel ohne Anerkennung der Menschenrechte ist genauso falsch wie eine Anerkennung der Menschenrechte ohne Sozialisierung der Produktionsmittel. Nach diesem Kriterium werfen die jüngsten **Dissidentenprozesse** in der Sowjetunion und in der DDR Fragen nicht nur an den Osten, sondern auch an den Westen auf. Wer die Sozialisierung nicht ohne die Menschenrechte will, wird zum östlichen, wer die Menschenrechte nicht ohne die Sozialisierung will, zum westlichen Dissidenten. Der Osten, der vorgibt, vom Primat der Wirtschaft auszugehen, setzt in Wahrheit die Politik absolut, weshalb hier die Dissidenz staatlich sanktioniert wird. Der Westen, der den Primat der Politik behauptet, diese aber in Wahrheit der Wirtschaft unterordnet, bestraft Dissidenz mit ökonomischer Repression. Was dem Osten die «kapitalistischen Spione», sind dem Westen die «Kommunisten», wie der mutige UNO-Botschafter der USA, Andrew Young, im «Matin de Paris» vom 12. Juli 1978 zu erklären wagte.

Dissidenz in Ost und West entsteht aber nicht nur aus morali-

schem Protest, sondern auch aus ökonomischer Notwendigkeit. Hier wie dort erweist sich die vorenthaltene Selbstbestimmung der Arbeit als eine immer unerträglicher werdende Fesselung der Produktivkräfte, als Verschleuderung von Produktionsressourcen und als Ursache mangelnder Motivation am Arbeitsplatz. Je bürokratischer die Wirtschaft administriert wird und je höher gleichzeitig der Stand der Produktivkräfte ist, umso nachhaltiger wird diese Fesselung empfunden. Es ist daher kein Zufall, daß in der CSSR die Dissidenz zu einem Massenphänomen unter Führung einer kommunistischen Elite werden konnte. Rudolf Bahro, der seinen Sprung in die Dissidenz ebenfalls auf den 21. August 1968 zurückführt, ist Vorbote einer ähnlichen Entwicklung in der DDR. Richtig verstandene Dissidenz bedient sich denn auch in Ost und West der marxistischen Analyse. Für Bahro zum Beispiel ist «der revolutionäre Marxismus» nach wie vor «die einzige Theorie, die geeignet ist, den Dschungel des bürokratischen Zentralismus und sein politbürokratisches Allerheiligstes zu durchdringen» («Der Spiegel» vom 22. August 1977). «In der Tat wird einer der Wege zum Freiwerden vom Marxismus die Rückkehr zu Marx sein, genau wie man vom Luthertum durch Luther und vom Kantianismus durch Kant frei werden kann.» (Ragaz, in: Ein sozialistisches Programm, S. 57)

Nicht alle, die neulich gegen Dissidentenurteile protestierten, haben daher das «Recht, recht zu haben». Ermutigend ist diese Protestwelle nur, soweit sie von sozialistischen und kommunistischen Parteien getragen wird. Daneben gibt es aber auch den **«Menschenrechtsimperialismus»** jener Kreise, die mit ihren bürgerlich halbierten und letztlich asozialen Freiheiten vorgeben, die Freiheit zu verteidigen, wiewohl sie lediglich ihre besitzbürgerlichen Interessen vertreten. Diese Kreise machen sich für Dissidente stark, die sie im eigenen Land nach Kräften bekämpfen würden. Sie mimen Empörung über einen «Fall Bahro», derweil die vielen Marxisten, die in der BRD oder in der Schweiz wie Bahro denken, mit Berufsverboten rechnen müssen. Ja, man braucht nicht einmal Marxist zu sein, um ein Opfer politischer Entlassungen zu werden. Hierzulande wird schon entlassen, wer die herrschenden Interessen auch nur ein wenig tangiert, vom Coop-Angestellten, der seine Meinung über ein Einkaufszentrum äußert, über den kantonalen Beamten, der sich einem Waffenplatzprojekt widersetzt, bis zum Studentenpfarrer, der die «Tendenzwende zum Duckmäusertum nicht begriffen» (TAM vom 29. Juli 1978) hat, ganz zu schweigen von jenen, die sich die Naivität erlauben, die Pressefreiheit des Journalisten über die Handels- und Gewerbefreiheit des Verlegers zu stellen. Dabei sind politische Entlassungen nur die Spitze eines Eisbergs. Das entscheidende Herrschaftsinstrument einer autoritären Wirtschaftsführung ist die

Kaderpolitik, durch die sich die Menschen um ihres beruflichen Fortkommens willen fast beliebig manipulieren lassen.

Unvereinbar sind nicht Freiheit und Kommunismus, sondern Freiheit und Kapitalismus. Die Freiheit des privaten Produktionsmitteleigentums kann mit der Freiheit der Nichteigentümer sowenig koexistieren, als es den freien Fuchs im freien Hühnerstall gibt. Daß sich das Kapital nicht einmal scheut, buchstäblich «über Leichen» zu gehen, haben die Indianer Nordamerikas der Weltöffentlichkeit just zu dem Zeitpunkt in Erinnerung gerufen, da Präsident Carter glaubte, die Menschenrechte weniger in seinem eigenen Land verwirklichen und sie dafür umso lautstärker der UdSSR predigen zu müssen.

Auch die **Kirchen,** die sich über die willkürliche Beschränkung der Religionsfreiheit gerade in der heutigen CSSR beklagen (vgl. die Veröffentlichung «Zur Lage der katholischen Kirche in der Slowakei» des Instituts «Glaube in der Zweiten Welt» und zuvor schon die Dokumentation über die «Situation der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei» der Schweizerischen Nationalkommission «Justitia et Pax»), sollten erst noch fähig werden, in ihrem eigenen Bereich Freiheit einzuüben. Es ist wohl kein Zufall, daß gleichzeitig wie der Prager Reformkommunismus auch die Reformtheologie des Zweiten Vatikanischen Konzils abgewürgt wurde. «Das Konzil avancierte zum Gegenstück des XIII. Parteitags der KPC; weil nicht sein kann, was nicht sein darf, haben die beiden eigentlich gar nicht stattgefunden.» (Günther Nenning im «Neuen Forum» vom Mai/Juni 1978) Kirchliches Klagen über die Verletzung der Menschenrechte in bestimmten Oststaaten verrät nur allzu leicht eine Attitüde der Selbstgerechtigkeit, zumal auch die eigene Vergangenheit dabei nicht zur Kenntnis genommen, geschweige denn bewältigt wird. «Die Kirche, die sich heute über ihre Vergewaltigung durch den totalen Staat mit Recht beklagt, sollte nie vergessen, daß sie zuerst es war, die dem Staat das schlechte Beispiel der Gewissensvergewaltigung gab, indem sie mit staatlicher Macht das sicherstellen wollte, was nur freier Entscheidung entspringen kann.» (Emil Brunner, Gerechtigkeit, Zürich 1943, S. 68/9)

Gewaltlosigkeit

Es ist dem Prager Reformkommunismus nicht nur gelungen, für den Uebergang zum Sozialismus die allgemeine Zustimmung des Volkes zu erhalten, gewaltfrei wie dieser Sozialismus nach innen, war auch seine Verteidigung nach außen, als die Warschaupaktstaaten UdSSR, DDR, Polen, Bulgarien und Ungarn in die Tschechoslowakei einmarschierten. Das damalige Verhalten der Bevölkerung und anfänglich auch

der politischen Gremien gegenüber der Besatzungsmacht gilt heute noch als Musterbeispiel eines zivilen **Widerstandes ohne Waffen.** (Vgl. die vom Schweizerischen Friedensrat herausgegebene Broschüre «Soziale Verteidigung», Zürich 1967, S. 42—48)

Beispielhaft für eine zivile oder soziale Verteidigung war die «entwaffnende» Reaktion der Bevölkerung. Sie empfing die Okkupanten weder mit Gewehren noch mit Blumen, sondern mit moralischem Widerstand, protestierend und diskutierend, sodaß bereits am dritten Tag völlig demoralisierte Besatzungstruppen zurückgezogen und ersetzt werden mußten. Um Verhaftungen zu entgehen, wechselten Tschechen und Slowaken die Namensschilder an ihren Wohnungen und nannten sich Dubcek oder Svoboda. Tägliche Proteststreiks manifestierten den Unwillen der Bevölkerung. Die Massenmedien übernahmen die Aufgabe der Information und der Koordination. Sie riefen zur «passiven Resistenz» und zur Diskussion mit den Besatzungssoldaten auf. Dem Zugriff der Invasoren konnten sie sich durch zahlreiche Untergrundsender und Untergrundzeitungen entziehen.

Die Organe des Staates und der Partei ergänzten diese gewaltfreie Verteidigung auf der Ebene der politischen Konfrontation mit den offiziellen Stellen der Besatzungsmächte. Sie gaben dem Widerstand eine nicht zu unterschätzende verfassungsrechtliche Legitimität. Die Einsetzung einer Quisling-Regierung kam ohnehin nicht zustande, einerseits weil der Staatspräsident dazu keine Hand bot, anderseits weil gar keine brauchbaren Quislinge zur Verfügung standen.

Wenn es trotzdem zu der ominösen «**Normalisierung**» gekommen ist, wenn etwa Gustav Husak am 31. Mai dieses Jahres den Einmarsch der «Bruderländer» als «Ausdruck der Treue zum sozialistischen Internationalismus» verdanken konnte, so ist daran nicht etwa die Methode der sozialen Verteidigung schuld. Versagt hat vielmehr eine politische Führung, die sich auf verhängnisvolle Kompromisse mit den Besatzungsmächten einließ. Diese Kompromisse liefen auf eine «freiwillige» Selbstdisziplinierung hinaus, die es den Besatzern erlaubte, immer mehr Einfluß auf die Führungsgremien der Partei und des Staates zu gewinnen und sie sich Zug um Zug gefügig zu machen. Im Zentralkomitee der KPC waren zuviele stalinistische Bürokraten verblieben, die sich nach der Intervention ihrer Gesinnungsgenossen wieder durchsetzen konnten. Hinzu kam, daß die Strategie der gewaltlosen Verteidigung mehr intuitiv erahnt, als systematisch entworfen und durchgesetzt wurde. Wenn sich im übrigen das Husak-Regime noch heute auf 90 Prozent der Bevölkerung n i c h t verlassen kann (vgl. Sik, S. 252), so ist das letzte Wort zur «Normalisierung» in der CSSR noch lange nicht gesprochen. Das Ende des offenen Widerstandes in diesem

Land sagt daher nichts gegen die soziale Verteidigung, es gehört vielmehr zu einem Lernprozeß, der uns endlich von der Wahnvorstellung befreien sollte, politische Grundrechte und Institutionen ließen sich am wirksamsten mit militärischer Gewalt schützen.

Anläßlich der außenpolitischen Debatte über die sog. «Tschechenkrise» in der Septembersession 1968 der eidgenössischen Räte rühmte der damalige CVP-Nationalrat Kurt Furgler zwar den «geschlossenen passiven Widerstand des tschechoslowakischen Volkes», fügte jedoch sogleich hinzu: «Hauptträger einer wirksamen Landesverteidigung ist aber die Armee. Der passive Widerstand der Bevölkerung ist kein Ersatz, sondern eine notwendige Ergänzung im Rahmen der Gesamtverteidigung.» («Vaterland» vom 25. September 1968) Die «Tschechenkrise» lehrte freilich das genaue Gegenteil. Hauptträger einer wirksamen Landesverteidigung ist nicht die Armee, sondern das Volk. Damit dieses zur Landesverteidigung bereit ist, bedarf es einer unerschütterlichen Ueberzeugung vom Verteidigungswert seiner Gesellschaftsordnung. Diese Ueberzeugung setzt sich in dem Maße durch, als ein Volk dem Ideal einer **klassenfreien Gesellschaft** nahekommt. Eine klassenfreie Gesellschaft wiederum ist eine **gewaltfreie Gesellschaft.** Eine gewaltfreie Gesellschaft aber kann nicht durch die organisierte Gewalt einer Armee verteidigt werden. Wer demgegenüber die Armee zum «Hauptträger einer wirksamen Landesverteidigung» erklärt, entlarvt die zu verteidigende Gesellschaft als Klassengesellschaft und sich selbst als deren Protagonisten.

«Unbedingt geboten ist es, internationale Streitigkeiten nicht durch Krieg auszutragen; andere, der Menschennatur angemessenere Mittel und Wege müssen gefunden werden. Ueberdies sollte die Strategie der Gewaltlosigkeit gefördert werden . . .» (De justitia in mundo, Ziff. 64.2) Statt sich mit dieser Weisung der Römischen Bischofssynode 1971 auseinanderzusetzen, glauben «christliche» Politiker hierzulande wie anderswo an ein Drohsystem, das nur den Gewaltglauben fördert und auch den Besatzungsmächten der CSSR zum «guten Gewissen» verhilft, daß dieses Land als Glacis des Warschauerpaktes zu betrachten und durch die «zeitweilige» Stationierung eigener Truppen im Böhmerwald am wirksamsten zu verteidigen sei.

Natürlich hat eine soziale Verteidigung nicht dieselbe «abschreckende» Wirkung wie eine militärische. Sie soll jedoch den Zirkel von Drohung und Gegendrohung gerade brechen. Sie soll den Gegner nicht abschrecken, sondern demoralisieren oder — besser noch — die Moral der einsichtigen Kräfte im gegnerischen Lager stärken und dadurch den Gegner zur Auseinandersetzung mit sich selbst zwingen.

Die Militaristen aller Lager glauben nicht an diese Möglichkeit

sozialer Verteidigung. Sie glauben nur an die Gewalt, weil sie nicht an den Menschen glauben, weder an den Menschen im eigenen noch an den Menschen im gegnerischen Lager. Weil sie eine Ideologie der Gewalt und damit der Unmoral predigen, anerkennen sie nicht die Moral des gewaltfreien Widerstands und noch weniger die Widerstandskraft der gewaltfreien Moral. Die Tschechen und Slowaken haben diese Ideologie um ihre scheinbare Plausibilität gebracht. Kein Volk hatte 1968 soviel zu verteidigen wie dieses. Daß es sich dennoch ohne Anwendung oder Androhung von Gewalt zur Wehr setzte, ist geeignet, die militaristische Ideologie in Ost und West zu erschüttern. Darin aber liegt eine der größten Leistungen des «Prager Frühlings».

Aus unseren Vereinigungen

Auf dem Weg zum kleinen f

Bericht über eine potentielle CfS-Gruppe in Fribourg

Im nachfolgenden Bericht werden Entstehen, Anliegen, Diskussionspunkte, Zwischenergebnisse und offene Fragen einer kleinen Gruppe darzustellen versucht, die sich in Fribourg seit bald zwei Jahren in relativ regelmäßigen Abständen trifft, um in loser Form über Fragen zu diskutieren, die im Umkreis von Christentum und Sozialismus liegen.

Obwohl es schwierig bis unmöglich ist, Gruppenprozeß, Gesprächsverlauf und Ambiance Außenstehenden zu vermitteln, soll es hiermit — nicht zuletzt auf Wunsch und Anregung eines Redaktionsmitgliedes der «Neuen Wege» — doch versucht werden. Diese schriftliche Selbstreflexion ist für die Gruppe Anlaß zur eigenen Ortung und für manche Leser möglicherweise Anstoß, Aehnliches anders und besser zu versuchen.

Anliegen und Zielsetzung

Nach einigen Vorbesprechungen im kleinsten Kreis fanden sich auf dessen Einladung Mitte Dezember 1976 an die fünfzehn Leute zusammen. Darunter waren nebst Studierenden junge Lehrkräfte, Sozialarbeiter und andere (junge) Berufstätige.

In zwei vorberatenden Gesprächen kristallisierten sich — laut Protokoll — folgende «programmatsche Punkte» heraus, die innerhalb der Gruppe richtungweisend sein sollten, um gegebenenfalls den Anschluß an die CfS-Bewegung zu riskieren ...

1. Die Bildung einer CfS-Gruppe sollte u. a. dazu dienen, in ungezwungener Form ausgewählte grundsätzliche Fragen aus dem Spannungsverhältnis Christentum—Sozialismus zu diskutieren: zum Beispiel welches sind die sozialpolitischen Implikationen von Christentum bzw. Sozialismus; was ist aus den beiden Bewegungen historisch geworden; wie hat sich CfS in Chile und anderswo entwickelt; wie kommen Christen dazu, mit Marxisten zusammenzuarbeiten — und umgekehrt?